

Zukunft der
ländlichen Räume



ES LEBE DAS **DORF!**

BRAND
GRÜN
31.19

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN 
IM BRANDENBURGER LANDTAG



Wo was steht

Grünes Thema

Für starke Dörfer:
Vier Jahre Enquêtekommission
S. 4

Grüne Grafik

Umfrage der
Enquêtekommission
S. 12

Verfassungsschutzgesetz

Wie funktioniert wirkungsvoller
Verfassungsschutz?
S. 14

BER

Klare Grenzen für
den Ausbau
S. 16

Digitalpakt

Die digitale Zukunft
der Bildung
S. 18

Braunkohle

Nach dem Kohleausstieg
ist vor dem Wasserproblem
S. 20

Entwicklungspolitik

Brandenburgs Beitrag zur
globalen Gerechtigkeit
S. 22

Grün im Gespräch

mit dem Fridays-for-Future-
Aktivisten Vincent Bartolain
S. 24

Grünes Getränk

Bio-Pirinha mit Minze
S. 26

Grüne Termine

S. 28

Das letzte Wort hat ...

S. 30

Liebe Leserin,
lieber Leser!

in diesem Sommer endet nicht nur die 6. Legislaturperiode, sondern auch die vierjährige intensive Arbeit der Enquêtekommission „Ländliche Räume“. Mit unserem Anstoß zur Einsetzung der Enquêtekommission haben wir es geschafft, die Zukunft der ländlichen Räume wieder in den Fokus zu rücken. Ein großer Erfolg! In diesem Heft blicken wir nicht nur zurück, sondern schauen auch nach vorn. Der Abschlussbericht mit seinen über 100 Empfehlungen darf nicht in der Schublade verschwinden – den Worten müssen jetzt Taten folgen. Eines ist gewiss: Wir lassen nicht locker, bis die Ergebnisse der Kommission Realität werden.

Auf den kommenden Seiten steckt noch mehr Wissenswertes: Wir sehen uns den Digitalpakt für die Schulen an, erklären warum einem BER-Ausbau klare Grenzen gesetzt werden müssen und schildern wie wirkungsvoller Verfassungsschutz funktioniert. Außerdem werfen wir einen Blick auf die Wasserproblematik durch Braunkohletagebaue am Cottbuser Ostsee und befassen uns mit der Frage, welche globale Verantwortung Brandenburg in Zeiten der weltweiten Klimaveränderungen übernehmen sollte. Um das Thema Zukunft und Klima geht es diesmal auch im Grünen Gespräch mit einem jungen Aktivistin von Fridays for Future aus Brandenburg.

Wir wünschen Ihnen und Euch wie immer viel Freude beim Durchstöbern der Lektüre!

Ihre Ursula Nonnemacher

Ihr Axel Vogel

PS: Das Neueste über unsere politische Arbeit immer unter [facebook.com/GrueneLandtagBB](https://www.facebook.com/GrueneLandtagBB), [instagram.com/GrueneLTBB](https://www.instagram.com/GrueneLTBB) und [twitter.com/GrueneLTBB](https://www.twitter.com/GrueneLTBB).

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR LÄNDLICHE RÄUME

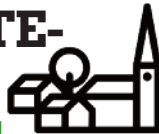


„Es war mir ein Herzensanliegen, mehr Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten für die Dörfer durchzusetzen, weil diese bisher vor allem in der Landespolitik zu wenig Gehör finden. Das ist gelungen. Doch die Ergebnisse der Enquêtekommission dürfen jetzt nicht in der Schublade verschwinden, sondern Taten müssen folgen.“

Benjamin Raschke,
Sprecher für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Landwirtschaft und
Mitglied der Enquêtekommission 6/1

*Im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern
am See in Klein Leuthen.*

FÜR STARKE DÖRFER: VIER JAHRE ENQUÊTE- KOMMISSION



Brandenburgs Dörfer waren verschwunden. Nicht von der Landkarte, aber offenbar aus dem Blick der Landesregierung. Es gibt zwar ein Ministerium, das „ländliche Entwicklung“ im Namen trägt, doch eine konkrete Strategie zur Zukunft der ländlichen Räume gab es bislang nicht. Dabei ist diese dringend notwendig! Ein Beispiel: Durch die letzte Gemeindegebietsreform sind viele Brandenburger Dörfer zu Gemeinden zusammengeschlossen worden und existieren damit rechtlich nur noch als Ortsteile. Die Anliegen und Probleme der Dörfer sind dadurch nicht verschwunden, aber werden weniger gehört. Um den Menschen im ländlichen Raum wieder eine Stimme zu geben, haben wir als Fraktion die Einsetzung einer Enquêtékommision im Sommer 2015 angestoßen. Unsere Ziele: den ländlichen Regionen mehr Gehör zu verschaffen, die Potenziale der Dörfer in den Blick zu nehmen, ihnen zu mehr Mitbestimmung zu verhelfen und die nachhaltige Wertschöpfung etwa in Landwirtschaft, Tourismus oder Forst zu stärken.

Vier Jahre lang erarbeitete die Kommission Empfehlungen zur Zukunft der ländlichen Räume. Wir konnten erreichen, dass jede zweite Sitzung in einem Ort außerhalb des Potsdamer Landtages stattfand, um den Blick stärker auf die Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort zu richten und Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Das hat sich gelohnt: Im Abschlussbericht der Kommission liegen nun weit über 100 Empfehlungen vor.

Mit dem Ende der Arbeit der Enquêtékommision „Ländliche Räume“ in dieser Legislaturperiode entsteht jedoch wieder eine erhebliche



© Jürgen Angelow

Den vollständigen Abschlussbericht der Enquêtékommision zum Nachlesen hier: gruenlink.de/1m0u (Download)

Auswärtige Sitzung in Temmen-Ringenwalde, Januar 2018

Lücke in der Behandlung dieses Politikfelds, die vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft in seiner bisherigen Struktur und Arbeitsweise nicht ausgefüllt werden kann. Die Arbeit der Kommission muss in den nächsten Wahlperioden umgesetzt und zu einer nachhaltigen Strategie zur Entwicklung der ländlichen Räume weiterentwickelt werden. Aus bündnisgrüner Sicht braucht es dafür eine stärkere Koordination über Ressortgrenzen hinweg. Hierzu muss nach der Landtagswahl das zuständige Ministerium deutlich aufgewertet werden. Als Partner in der Staatskanzlei braucht es zudem eine neue Stabsstelle zur „Stärkung der Ländlichen Räume“ mit einer/einem zusätzlichen Staatssekretär*in. Diese Person muss die zentrale politische Koordinierung in diesem Politikfeld übernehmen, zentrale(r) Ansprechpartner*in für alle Beteiligten innerhalb und außerhalb der Landesregierung und Anlaufstelle für Bürger*innen aus dem ländlichen Raum sein. Wir werden auch jetzt nach Ende der Enquêtékommision nicht lockerlassen und für starke Dörfer kämpfen.

Mehr zur Umfrage im ländlichen Raum finden Sie in der Grünen Grafik auf Seite 12.

MEHR RECHTE FÜR DIE DÖRFER



Wir wollen mehr Rechte für die Dörfer. Warum? Mit der Gemeindegebietsreform im Jahr 2003 wurden viele Dörfer in Brandenburg zu größeren Gemeinden zusammengelegt. Was vielerorts Vorteile brachte, beispielsweise eine stärkere Verwaltung, ließ auf der anderen Seite die politischen und ehrenamtlichen Beteiligungsmöglichkeiten zurückgehen. Denn durch die Eingemeindung ging die Zahl der

Ehrenamtlichen, die sich in ihrem Gemeinderat engagierten, zurück: Waren vor der Reform noch rund 13.500 Ehrenamtliche aktiv, haben sich nach der Reform nur noch etwas mehr als 6.000 Brandenburger*innen im Gemeinderat für ihre Dörfer einsetzen können. Auch Entscheidungen über eigene Haushaltsmittel gingen verloren und manche Dörfer gerieten neben der Kernstadt ins Hintertreffen. Ergebnis: Nur ein Drittel der Brandenburger*innen vertraut der eigenen Gemeinde- oder Stadtverwaltung vor Ort voll – so das Ergebnis einer Umfrage der Enquêtékommision von 2017.

Wir haben unsere Anliegen in der Kommission stark eingebracht, mit Erfolg. Die Kommission fordert in ihrem Abschlussbericht eine Reihe von Maßnahmen für starke Dörfer: mehr Geld für die Kommunen insgesamt, Ortsteilbudgets, mehr Rechte von Ortsbeiräten und Ortsvorsteher*innen, ein Veto-Recht für Ortsteile im Gemeinderat und die Schaffung eines „Parlaments der Dörfer“.

Ein Teil der Forderungen ist bereits umgesetzt, viele müssen vor Ort jetzt mit Leben erfüllt werden. Vor allem aber hat die nächste Landesregierung einen klaren Auftrag bekommen: Es lebe das Dorf!



Parlament der Dörfer

In den 70er und 80er Jahren entstanden in Finnland und Schweden die ersten Dorfbewegungen. Weil die Bevölkerung zurückging, Arbeitsplätze im ländlichen Raum abgebaut und die Selbstbestimmung durch die Bildung von Großgemeinden verloren ging, bildeten sich Dorfkaktionsgruppen, um die Geschicke des Dorfes – unterhalb der kommunalen Ebene – in die eigenen Hände zu nehmen. Mit Hilfe von Organisationen der Zivilgesellschaft und Universitäten vernetzten sich dörfliche Initiativgruppen – aus ihnen bildeten sich dann die Dorfbewegungen. Diese begannen damit, gemeinsame Interessen der Dörfer nach außen zu vertreten. Die schwedische Dorfbewegung ging einen Schritt weiter: Sie bildete die ersten ländlichen Parlamente. Andere Dorfbewegungen folgten ihr. Jedes zweite Jahr treffen sich in diesen Ländern Vertreter*innen von Dörfern aus dem ganzen Land mit Lokal- und Landespolitikern, um gemeinsam Probleme zu diskutieren und Lösungswege zu finden. Als „Parlament der Dörfer“ beschließen sie Vorschläge, Empfehlungen, Forderungen an die Regierung und das staatliche Parlament und lassen sich darüber berichten, was erreicht wurde. Inzwischen gibt es schon fast 30 Dorfbewegungen in europäischen Ländern. Deren Vereinigung (ERCA) ist Mitglied eines zivilgesellschaftlichen Beratungsgremiums der EU für den ländlichen Raum und veranstaltet zusammen mit anderen Netzwerken seit 2013 alle zwei Jahre das Europäische Ländliche Parlament.

Mehr Infos zum Europäischen Ländlichen Parlament: europeanruralparliament.com

WIR BRAUCHEN EINEN ÖKO-AKTIONSPLAN



Unsere Expertin Martina Schäfer zu Brandenburgs Chancen und Potenzialen im Ökolandbau

Brandenburg hat das Potenzial, ganz Berlin mit Lebensmitteln zu versorgen. Auch die komplette Umstellung auf biologische Landwirtschaft ist machbar, wie aus einer Studie vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung von 2017 hervorgeht, die das Selbstversorgungspotenzial von Großstädten, unter der Voraussetzung eines geringeren Fleischkonsums, untersuchte. Noch sind das Zukunftsvisionen. In der Enquete-kommission „Ländliche Räume“ spielte der Ökolandbau in Brandenburg eine wesentliche Rolle. Als wissenschaftliche Sachverständige für die Fraktion holten wir deshalb Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer von der TU Berlin in die Kommission, die an Empfehlungen zur Verbesserung, besonders im Ökolandbau, mitgearbeitet hat.

„Brandenburg verpasst ökonomische Chancen, weil das Wachstum des Ökolandbaus nicht mit der stark gestiegenen Nachfrage der Konsument*innen Schritt halten kann“, so Martina Schäfer. Bereits 2010 lag der Anteil an Ökolandbauflächen bei 10,2%, wuchs bis 2019 aber nur auf 12% an. Brandenburg hat es versäumt, seine Anfang der 2000er Jahre vorhandene bundesweite Vorreiterposition auszubauen und systematisch Maßnahmen zur Steigerung des Ökolandbaus zu ergreifen. Denn es gibt viele Landwirte, die gerne zusätzliche Flächen für Ökolandbau pachten oder kaufen würden. Durch die hohen Kauf- und Pachtpreise und eine fehl-

geleitete Bioenergieförderung, durch die viele auf Energiemais-Anbau umgestiegen sind, konnten in den vergangenen Jahren kaum Flächen für mehr Ökolandbau dazugewonnen werden. Weitere Gründe für den geringen Zuwachs sieht Martina Schäfer in dem niedrigen Fördersatz für Öko-Landwirte in der Umstellungs-Phase: „Die Prämie ist in Brandenburg eindeutig zu niedrig für die Landwirt*innen, die in den ersten zwei Jahren bei der Umstellung auf Ökolandbau ihre Produkte noch nicht als Bio-Produkte verkaufen dürfen. Zudem gibt es derzeit nicht genügend Anreize zur Umstellung auf ökologische Landwirtschaft, insbesondere in den Bereichen Gemüse und Dauerkulturen, die am Berliner Markt besonders gefragt sind.“

Um die Lücken in der derzeitigen Wertschöpfungskette zu schließen und um Konsument*innen und Produzent*innen zusammenzubringen, muss man an verschiedenen Stellschrauben drehen, erklärt Martina Schäfer. „Das ist nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen sinnvoll. Hier geht viel Wertschöpfung verloren, die wir regional erzielen könnten.“

Die Enquete-kommission empfiehlt die Verabschiedung eines Öko-Aktionsplans mit Maßnahmen zur Verlängerung der Wertschöpfungskette, zur besseren Vermarktung von regionalen, landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Erzeugnissen, zur besseren Erschließung der Nachfragepotenziale des Berliner und Brandenburger Marktes und vielfältige Ansätze, mit denen das bundesweite und Brandenburger Ziel von 20% Ökolandbau erreicht werden kann. Brandenburg würde damit mit vielen Bundesländern gleichziehen, die bereits Öko-Aktionspläne verabschiedet haben und in denen der Anteil an Ökolandbau stark wächst. Für die Zukunft wünscht sich Martina Schäfer, „dass der Ökolandbau noch stärker Motor für Regionalentwicklung wird, gemeinsam mit der Verarbeitung, dem Handel und dem Tourismus. In Brandenburg sollten sich mehr Regionen offensiv als Bioregion vermarkten.“ Mit dem großen Markt Berlin hat der Ökolandbau in Brandenburg sehr gute Chancen.

UMFRAGE: WAS BRAUCHT'S ZUM GUTEN LEBEN AUF DEM LAND?



Unsere Fraktion hat im Sommer 2015 die Enquêtekommission „Ländliche Räume“ angestoßen. Gründe dafür gab es viele: Einerseits fehlte eine Strategie zur Zukunft der ländlichen Räume, andererseits herrschte bei vielen Menschen in den ländlichen Regionen ein Gefühl des Abgehängtseins vor. Wir wollten, dass der Landtag den Menschen vor Ort stärker zuhört und sich wieder intensiv mit dem ländlichen Raum beschäftigt.

Ein Baustein, dem ländlichen Raum durch die Enquêtekommission wieder eine Stimme zu geben, bildete die 2017 in Auftrag gegebene Befragung von Brandenburger*innen im ländlichen Raum. Befragt wurden Personen ab 16 Jahren, die im weiteren Metropolraum des Landes Brandenburg leben. Heraus kam: Die Bewohner*innen kleinerer Gemeinden mit unter 5.000 Einwohner*innen bewerteten fast alle Leistungen der Daseinsvorsorge schlechter als der Gesamtdurchschnitt. Ein Indiz dafür, dass die bisherige Politik in den Gebieten außerhalb des Berliner Speckgürtels in den vergangenen Jahren ungleiche Lebensverhältnisse im Land beförderte. Es wird höchste Zeit, dass die Dörfer mehr Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten bekommen!

Quelle: GmbH, Basis: alle Befragte n= 1 031, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zu Einschätzungen und Zukunftserwartungen hinsichtlich regionaler Entwicklung im Auftrag vom Landtag Brandenburg/ EK 6-1 (09/2017)
Die komplette Umfrage zum Nachlesen: gruenlink.de/1mmu

Das sind die wichtigsten Voraussetzungen für gute Lebensbedingungen aus Sicht der befragten Landbewohner*innen:



Unzufriedenheit zeigt sich gleichzeitig bei diesen Versorgungsleistungen. Aus Sicht der Befragten haben sich die drei Angebote in den vergangenen 10 Jahren am deutlichsten verschlechtert.

VERFASSUNGSSCHUTZ NEU AUFSTELLEN



Während der NSU-Untersuchungsausschuss an Handlungsempfehlungen für den Verfassungsschutz im Frühjahr dieses Jahres gearbeitet hat, wollten SPD und DIE LINKE das Verfassungsschutzgesetz bereits ändern. Der Innenminister hat sogar noch früher Tatsachen geschaffen, indem er dem Nachrichtendienst rund 30 Prozent mehr Personal genehmigte. Final beschlossen wurde das neue Verfassungsschutzgesetz in der Plenarsitzung am 14. Juni 2019.

Aus bündnisgrüner Sicht war das die falsche Reihenfolge. Erst hätten die Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses ausgewertet werden müssen. Danach hätte der Verfassungsschutz neu aufgestellt werden können. Und dann erst wäre der Personalbedarf kalkulierbar gewesen.

Das Ergebnis dieser hektischen Politik zum Ende der Wahlperiode: Das Verfassungsschutzgesetz von Rot-Rot bleibt deutlich hinter anderen Verfassungsschutzgesetzen zurück, was die parlamentarische Kontrolle und die Beschränkung des risikoreichen V-Leute-Einsatzes betrifft. Die CDU hat dies erkannt und diesbezüglich SPD und DIE LINKE mit einem Änderungsantrag links überholt.

Auch wir Bündnisgrüne fordern eine echte Kontrolle des Verfassungsschutzes. Dazu sind beispielsweise Minderheitenrechte in der Parlamentarischen Kontrollkommission nötig. Denn die Kontrolle ist nur in dem Umfang gesichert, in dem Oppositionsfraktionen sie aufgrund eigener Befugnisse wahrnehmen können.

Nicht nur der Brandenburger NSU-Untersuchungsausschuss hat festgestellt, dass der Einsatz von V-Leuten eher Teil des Problems als der Lösung ist. Rechtsextremisten im „Nachrichten-Dienst“ schaffen oder stärken häufig die Strukturen, über die sie dann berichten. Diesbezüglich haben es SPD und DIE LINKE geschafft, in ihrem Gesetzentwurf sogar hinter den Forderungen zurückzubleiben, die sie wenige Wochen später im Untersuchungsausschuss erhoben haben.

Das Gesetz sieht vor, dass Rechtsextremisten als Quellen angeworben werden dürfen, sofern ihre „alleinige Lebensgrundlage“ nicht „auf Dauer“ von den Geld- oder Sachzuwendungen des Verfassungsschutzes abhängt. Demnach ist es dem Nachrichtendienst erlaubt, auf Dauer den überwiegenden Lebensunterhalt seiner V-Leute zu finanzieren.

In ihrem Untersuchungsausschuss-Votum schrieb die SPD hingegen: „Die menschlichen Quellen sollten nicht von den Zahlungen der Verfassungsschutzbehörde für die Bestreitung ihres Lebensunterhaltes abhängig sein.“ Die Linke forderte gar, „auf V-Leute zukünftig zu verzichten“.

Wir Bündnisgrüne halten V-Leute für hochproblematisch. Deshalb fordern wir die Abschaffung des V-Leute-Wesens und eine deutliche Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle. Außerdem haben wir Zweifel daran, dass ein Nachrichtendienst den besten Schutz für die Verfassung bietet. Wir befürworten ein unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung (ISV), das mit wissenschaftlichen Methoden arbeitet und zivilgesellschaftliche Erkenntnisse einbezieht.

LANDESAMT FÜR
VERFASSUNGSSCHUTZ

KLARE GRENZEN FÜR DEN AUSBAU



Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg will den Flughafen BER am Standort Schönefeld bis 2030 auf 48 Millionen Passagiere im Jahr und bis 2040 sogar auf mindestens 55 Millionen erweitern. Zwischen den beiden Start- und Landebahnen sollen Schritt für Schritt neue Abfertigungsgebäude hochgezogen werden. Nach der Inbetriebnahme des Flughafens, soll auch der Bau von Büros, Hotels, Geschäften und Kongressgebäuden in Gang kommen – verbunden mit einer Hochbahn, so sieht es der „Masterplan 2040“ vor.

Während diese Planungen vorangetrieben werden, fehlt eine entsprechende Anzeige gegenüber der Genehmigungsbehörde. Diese lehnt wegen angeblicher Unkenntnis des Masterplans die Überprüfung der Gesamtauswirkungen auf Anwohner*innen, Umwelt und Gesundheit ab. Die Erweiterungen des Flughafens sollen also in bewährter Salamtaktik ohne einen neuen Planfeststellungsbeschluss und weitgehend ohne Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen. Beantragt und genehmigt wurde bisher aber nur der Bau eines Flughafens mit dem Ziel, 360.000 Flugbewegungen pro Jahr mit einem Aufkommen von ca. 83 Flugbewegungen in der Spitzenstunde abzuwickeln. Entsprechend sind auch die Umweltauflagen dimensioniert. Der im „Masterplan 2040“ umrissene Flughafen ist ein völlig anderer als der genehmigte BER. Ob auch dieser Großflughafen genehmigungsfähig ist und wie hierfür die Auflagen beispielsweise zum



Schallschutz verändert werden müssen, bleibt bisher ungeklärt. Für uns Bündnisgrüne gilt für den BER im dichtbesiedelten Berliner Umland, dass er sich an den Ansprüchen der hier lebenden Menschen auszurichten hat. Der Flughafen darf nicht immer lauter werden. Um das sicherzustellen, brauchen wir festgelegte Lärmobergrenzen mit klaren Kontrollmechanismen nach hessischem Vorbild. Wir wollen außerdem Alternativen zum Fliegen attraktiver machen, hier vor allem das Bahnfahren auf innerdeutschen Strecken.

Kabelsalat und falsche Dübel: Wo steht das ewige Projekt BER jetzt?

Der Ministerpräsident akzeptiert angeblich keine Kompromisse beim Brandschutz, falsche Dübel wären aber genau das. Die Menschen fragen sich schon lange, warum es bis heute immer noch keine Klarheit über die Zustände auf der Baustelle gibt! Warum konnten die Probleme im Terminal auch in sieben Jahren nicht behoben werden? In dieser Zeit hätte man das Terminal komplett neu bauen können. Warum gelang es nicht, die für den Brandschutz notwendigen Anlagen in Ordnung zu bringen? Jetzt aber, aus Furcht vor dem politischen Druck, auf Sonderzulassungen und Extragenehmigungen zu hoffen, also alle Fünfe gerade sein lassen zu wollen, darf nicht die Lösung sein.

BERLIN BRANDENBURG AIRPORT

WILLY BRANDT

Unser Antrag „Zwingende Öffentlichkeitsbeteiligung bei Anträgen der FBB GmbH auf BER-Ausbau“
hier: gruenlink.de/1m7p

DIGITALE ZUKUNFT DER BILDUNG



Die Digitalisierung ist in unserem alltäglichen Leben schon längst angekommen. Umso wichtiger ist es, dass die digitale Zukunft endlich auch in die Schulen einzieht. Die Landesregierung hat dieses Thema leider verschlafen und stattdessen auf den Digitalpakt des Bundes gewartet. Nach jahrelangem Ringen zwischen Bundesregierung und den Ländern wird nun deutlich: Die Finanzhilfen des Bundes allein werden die Misere nicht lösen: Gerade mal 151 Mio. Euro wird Brandenburg aus dem Digitalpakt bis 2024 erhalten. Anträge einzelner Schulen für mobile Endgeräte dürfen 25.000 Euro nicht überschreiten. Die Mittel reichen bei Weitem nicht, um alle Schulen digital auszustatten, die Lehrkräfte zu qualifizieren und flächen-deckend IT-Administrator*innen einzustellen. Da wird das Land noch eine Schippe drauflegen müssen.

Der Einsatz digitaler Medien in der Schule bietet Riesenchancen, den Unterricht anders zu gestalten. Arbeiten in vernetzten Teams oder individuelles Lernen mit Hilfe von Lernalgorithmen werden ermöglicht. Gleichzeitig sollen Schüler*innen neben technischen Fähigkeiten auch essentielle Kenntnisse zu ethischen, rechtlichen und politischen Fragen der Digitalisierung erlangen. Dieses Wissen wird gebraucht, um sie optimal auf die zunehmend digitalisierte Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten. Dabei gilt: Der Unterricht wird nicht durch die bloße Nutzung der digitalen Medien besser, sondern erst dann, wenn sie sinnvoll eingesetzt und mit anderen Unterrichtsformen kombiniert werden. Entsprechende Fortbildungsangebote für Lehrer*innen müssen dringend verstärkt werden. Bisher haben Lehrkräfte jedoch nicht einmal die lang versprochene eigene dienstliche E-Mail-Adresse.



© pixabay.com/steven101

Vorraussetzung für die Nutzung von digitalen Medien in Schulen ist die Anbindung an eine flächendeckende Breitbandversorgung und WLAN. Beides birgt vor allem im ländlichen Raum Schwierigkeiten. Die neu angeschaffte Infrastruktur und Technik erfordert ständige Wartung. Hierzu müssen Fachkräfte zur IT- und Medienbetreuung an allen Schulen eingestellt werden. Nicht zuletzt brauchen wir für die Digitalisierung einen sicheren Umgang mit dem Datenschutz, Urheberrechten und Sozialen Medien. Wir machen uns stark für eine landesweite Plattform mit offenen Lernangeboten und für mehr Beratung zum Datenschutz an den Schulen. Uns ist völlig klar: Die Digitalisierung bleibt auch nach Verabschiedung des Digitalpaktes eine riesige Baustelle. Deswegen fordern wir auch einen Runden Tisch Medienbildung unter Einbeziehung von außerschulischen Trägern und Einrichtungen, die wir mit ihrer Fachkompetenz bei der Erarbeitung und Umsetzung eines Digitalkonzepts für die Schulen dringend brauchen.

Unser Antrag „Entlastung der Lehrkräfte durch
Stärkung multiprofessioneller Teams an Schulen“
hier: gruenlink.de/1mi0

NACH DEM KOHLEAUSSTIEG IST VOR DEM WASSERPROBLEM



Auch dieses Frühjahr war wieder sehr trocken. Auf Grund der Dürre vom letzten Jahr sind die Wasserreservoirs noch lange nicht wieder aufgefüllt. Trotzdem wurde am 12. April mit großem Pomp die Flutung des Tagebaurestlochs im Osten von Cottbus gestartet. Unter Ausschuss der Öffentlichkeit feierten Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), lokale Politprominenz und Führungspersonen des tschechischen Bergbauunternehmens LEAG unter sich. Kritik von Umweltschützer*innen und Grünen wurde ignoriert: So soll der zukünftige Cottbuser Ostsee zu etwa 80 Prozent aus Spreewasser gespeist werden. Doch am Tag der Flutung führte die Spree Niedrigwasser. Anfang April lag der tägliche Durchfluss der Spree bei Cottbus lediglich bei acht Kubikmeter pro Sekunde – normal wären etwa 12. Dennoch wurde an der Flutung festgehalten. Nach nur zwei Wochen war wie zu erwarten Schluss: Wasserstopp, weil keine Reserven vorhanden sind.

Irritierende Unstimmigkeiten gab es zudem mit Blick auf die Sulfatbelastung: In dem erst am Tag des Flutungsbeginns veröffentlichten Planfeststellungsbeschluss wurde festgelegt, dass aus dem Cottbuser Ostsee maximal 620 mg/l Sulfat ausgeleitet werden dürfen. Als Berechnungsgrundlage hierfür wurde eine maximal zulässige Jahresfracht an Sulfat von 9.900 Tonnen pro Jahr angegeben. Erstaunlich daran: Nur einen Tag zuvor hatte die LEAG in einem Blogbeitrag zur Höhe der Sulfat-Belastung erklärt, dass sie laut Planfeststellungsbeschluss für die Flutung des Cottbuser Ostsee nicht mehr als 6.000 Tonnen Fracht pro Jahr im Rahmen des Wasserhaushaltes aus dem Bergausee ausleiten dürfe.

Das heißt: Die LEAG wird 3.900 Tonnen Sulfat weniger ausleiten als genehmigt. Unter diesen Umständen hätte die Bergbehörde auch einen wesentlich niedrigeren Sulfat-Grenzwert festlegen können. Genehmigt wurden 620 mg/l; machbar wären offenbar auch etwa 400 mg/l. Warum der LEAG stattdessen ein derartig großes Geschenk – zu Lasten der Wasserkund*innen von Berlin und Frankfurt (Oder) – gemacht wurde, ist nicht nachvollziehbar. Hohe Sulfateinträge in Brandenburger Gewässer sind eine direkte Folge des Braunkohlebergbaus in der Lausitz, die die Trinkwasserversorgung gefährden. Vor diesem Hintergrund hat jetzt die Stadt Frankfurt (Oder) zusammen mit ihrem kommunalen Wasserversorger Klage gegen die Flutung des Cottbuser Ostsees eingereicht. Für Trinkwasser gilt ein Grenzwert von 250 mg/l.

Dass das Wasser der Spree für alle Flutungsprojekte ausreichen wird, ist vor dem Hintergrund der Klimakrise und den Auswirkungen auf Brandenburg mehr als fraglich: Zusätzlich zum Ostsee und Seen, die derzeit in Verantwortung des Bergbausanierers LMBV geflutet werden, sollen auch bei den heute noch aktiven Tagebauen Jänschwalde und Welzow weitere Seen entstehen – alle gespeist aus Spreewasser. Unter diesen Voraussetzungen muss es eine Neubewertung geben: Wo ist es in welchem Umfang möglich, die geplanten Seen zu verkleinern und stattdessen Landfläche wiederherzustellen? Das hätte auch den Vorteil, dass weniger gigantische Verdunstungsflächen entstehen würden. Anstatt die Kohlegruben – kurzfristig billiger, aber mit Blick auf den Wasserhaushalt höchstproblematisch – mit Wasser zu füllen, müssen jetzt Alternativen geprüft werden.

Die mündliche Anfrage „Cottbuser Ostsee: Ausleitung Sulfatfracht“ hier: gruenlink.de/1mhu



BRANDENBURGS BEITRAG ZUR GLOBALEN GERECHTIGKEIT



Der vergangene Dürresommer hat gezeigt, wie die Folgen des Klimawandels bei uns aussehen könnten und dass der Klimawandel längst kein Zukunftsszenario ist. In kleinen Inselstaaten bangen die Menschen bereits jetzt um den Boden unter ihren Füßen, der durch den ansteigenden Meeresspiegel immer kleiner wird. Die Industriestaaten haben mit ihren anhaltend hohen CO₂-Emissionen und dem intensiven Ressourcenverbrauch zum Klimawandel beigetragen.

Die für uns selbstverständlichen persönlichen Freiheiten, wie jeden Tag Fleisch zu essen, immer und überall mit dem Auto zu fahren oder mit dem Flugzeug zu fliegen, gehen auf Kosten der Lebenssituation der Menschen des globalen Südens. Auch wir in Brandenburg verbrauchen mit unserem Lebensstil mehr Ressourcen als nachwachsen. Brandenburg muss deshalb seine Verpflichtung anerkennen, einen Beitrag zu leisten bei CO₂-Reduktion, einer global nachhaltigen Entwicklung und der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels.

Dabei ist klar, dass Brandenburg die Welt nicht alleine retten kann. Es geht vielmehr um die Frage, inwieweit wir der Verantwortung bei Umweltproblemen globaler Art gerecht werden können, um die Lebens- und Entwicklungschancen von Menschen weltweit und auch zukünftiger Generationen zu verbessern. Im Jahr 2015 wurden die sogenannten Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen, kurz SDGs, international ausgehandelt. Diese Ziele sind aber immer noch nicht in Brandenburg angekommen, denn die Landesregierung hat es bisher nicht geschafft, die entwicklungspolitischen Leitlinien von 2012 sowie die Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne der SDGs zu überarbeiten.

Auch sonst haben wir kaum Engagement der Landesregierung in entwicklungspolitischen Fragen in den vergangenen Jahren wahrgenommen. Wir wollen, dass die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele endlich Fahrt aufnimmt.

Deshalb machen wir uns dafür stark, dass Brandenburg mit einer Region des globalen Südens, die vom Klimawandel besonders betroffen ist, eine Entwicklungspartnerschaft aufbaut. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz tun dies bereits. Zudem soll Brandenburg Migrationsmöglichkeiten für die Menschen schaffen, die aufgrund des Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen (Klimapass). Auch auf kommunaler Ebene gibt es zahlreiche Möglichkeiten nachhaltig zu handeln. Bei den sogenannten Fair-Trade-Kommunen etwa schlummert ein riesiges Entwicklungspotenzial, denn nur zwei der bundesweit 600 Fair-Trade-Kommunen befinden sich in Brandenburg. Wir wünschen uns seitens des Landes eine stärkere Unterstützung. Damit auch die kommunalen Landesverwaltungen Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung werden, setzen wir uns dafür ein, dass ein Leitbild „Nachhaltige Behörde“ für Brandenburg entwickelt wird. Es gilt jetzt konsequent nachhaltig zu handeln, denn es gibt keinen Planeten B.



„WIR SIND VIELE, WIR SIND LAUT“



Vincent Bartolain ist Schüler und einer der ersten Aktivisten, der in Brandenburg die Demonstrationen von Fridays for Future in Potsdam und Brandenburg an der Havel organisiert. Mittlerweile arbeitet er im deutschlandweiten Presseteam mit. Wir haben mit ihm über die Ziele der Klimaschutzbewegung und ihre Forderungen an die Landesregierung gesprochen.

Welche Forderungen hat Fridays for Future in Sachen Klimaschutz an die Brandenburger Regierung?

Fridays for Future Brandenburg plant in den Sommerferien ein Camp, bei dem wir Forderungen speziell für Brandenburg ausarbeiten. Dabei werden wir uns explizit damit beschäftigen, inwiefern Brandenburg ein Vorbild in Sachen Umwelt- und Klimaschutz werden könnte. Bis dahin orientieren wir uns an den bundesweiten Forderungen. Uns ist wichtig, dass wir in Brandenburg schnellstmöglich, am liebsten vor 2030, aus der Braunkohleverstromung aussteigen.

Was muss passieren, damit du freitags wieder beruhigt zur Schule gehen kannst?

Ich werde erst wieder beruhigt zur Schule gehen können, wenn in der Politik, und gerade im brandenburgischen Landtag, die Klimafrage priorisiert wird und klare erkennbare Erfolge zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens eingehalten werden.

Wie kann jede*r Einzelne zum Klimaschutz beitragen?

Wir alle können aktiv Klima- und Umweltschutz leben, zum Beispiel durch Verzicht auf unnötigen Plastikmüll, Strom sparen oder einfach Fahrrad- statt Autofahren. Das sind viele kleine Dinge, die in der Summe immer einen Effekt haben. Ich finde es falsch,

© Vincent Bartolain privat



Vincent Bartolain

die Verantwortung der Politik auf die Bürgerinnen und Bürger abzuschieben. In Brandenburg gibt es immer noch Subventionen für den Braunkohlekonzern LEAG, Massentierhaltung und einen schlecht ausgebauten ÖPNV. Dadurch ist es noch schwerer, alleine gegen dieses Ungleichgewicht anzukommen.

Welche Erfahrungen haben du und deine jungen Mitstreiter*innen damit, andere Verkehrsmittel als das Auto zu nutzen, besonders im ländlichen Raum?

Da ich gerade auf dem Dorf wohne kann ich ein Lied über den ÖPNV in ländlichen Gebieten singen. Am Wochenende fahren oft nur wenige oder gar keine Busse. Buslinien werden eingestampft oder zusammengelegt. Rund um Berlin sind die Züge oft überfüllt oder fallen aus. Wir spüren hier ganz klar, wie der Individualverkehr gefördert wird, statt der Ausbau des ÖPNV. Ich fahre so oft es geht mit dem Zug in den Urlaub und verzichte gänzlich auf Flugreisen. Um dies für Familien und Privatpersonen attraktiver zu gestalten, müssen jedoch die Preise gesenkt werden.

Was motiviert dich, für den Klimaschutz Engagement zu zeigen?

Was mich motiviert ist, dass ich und zukünftige Generationen nur eine Erde haben. Ich habe verstanden, dass die größte Krise unserer Zeit die Klimakrise ist. Gerade die Stimme von uns jungen Menschen wird oft nicht gehört. Es ist uns als Bewegung gelungen zu zeigen: Wir sind viele, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut. Am 24. Mai 2019 waren über 320.000 Menschen von jung bis alt auf den Straßen, um für mehr Klimaschutz zu protestieren. Wir haben klare Belege der Wissenschaft, die endlich ernstgenommen werden müssen. Es muss gehandelt werden in Potsdam, Brandenburg, Deutschland und weltweit.

GESUNDES ESSEN OHNE PESTIZIDE



Mit 30.000 Hektar besitzt das Land Brandenburg eine große Fläche, die landwirtschaftlich genutzt wird. Umso wichtiger ist es, dass das Land in Bezug auf Artenschutz und Nachhaltigkeit mit gutem Beispiel vorangeht. Denn wie zuletzt durch die dramatische Bilanz des Weltbiodiversitätsrates bekannt geworden ist, sind viele Tiere und Pflanzen vom Artensterben bedroht. Durch die Intensivierung der Landwirtschaft ist auch der Einsatz von Pestiziden gestiegen. Glyphosat und Co. gefährden nicht nur Pflanzen und Tiere, sondern haben auch gesundheitlich bedenkliche Auswirkungen auf Menschen.

Auch bleiben die Pestizide in und auf Agrarerzeugnissen, wie Erdbeeren, Kartoffeln und Salat. Wir fordern daher die Landesregierung auf, eine Vorreiterrolle einzunehmen und die landeseigenen Agrarflächen nachhaltig und umweltgerecht ohne Pestizide zu bewirtschaften. Damit auch in Zukunft heimische Insekten, Vögel und Feldtiere in Brandenburg leben können und wir die Nahrungsmittel vom Acker ohne Agrargifte genießen können.



Weitere Infos zu unserem parlamentarischen Antrag zum Ende des Pestizideinsatzes auf landeseigenen Agrarflächen unter: gruenlink.de/1lub

BIO-PIRINHA- LIMONADE



Zutaten für 4 Personen

- Ein Bund frische Minze
- ein Bund frische Zitronenmelisse
- 4 Bio-Zitronen
- 4 TL Rohrohrzucker
- eine Vanilleschote (alternativ Vanillezucker)
- Eiswürfel

Zubereitung

Gemeinsam die Hälfte der Minze und der Melisse mit einem Liter kochendem Wasser übergießen. Die Vanilleschote dazugeben und 15 Minuten ziehen lassen. Den Rest der Minze und Melisse grob hacken und mit den in Stücke geschnittenen Zitronen auf vier Saftgläser verteilen. Zerstoßenes Eis und jeweils einen TL Rohrohrzucker hinzugeben und mit dem abgekühlten Melisse-Minze-Aufguss auffüllen.



**ES LEBE
DAS DORF!**
Bürgerhaushalt
und weiter geht's

**GRÜN
ZUR SACHE**

Zukunft der ländlichen Räume – Und weiter geht's:
Zum Abschluss der Enquêtekommision „Ländliche Räume“ hatten wir am 17. Juni zu einem Empfang im Plenarsaal des Brandenburger Landtags geladen. Wie es nun mit den Empfehlungen und der Vision für mehr Lebensqualität in ländlichen Räumen weitergehen muss, diskutierten wir mit Expert*innen und 150 Gästen an sechs Thematischen. Es lebe das Dorf – jetzt erst recht!

Mehr Infos unter:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/das-dorf-lebt

GRÜNE TERMINE

- **Ausstellung:**
„Es ist angerichtet – Karikaturen rund um die Ernährung“
Die Werke bekannter Karikaturist*innen schlagen den Bogen vom Erzeugen bis zum Konsumieren: Ob Lebensmittelskandal, Essverhalten, Massentierhaltung oder Bienensterben – nichts ist sicher vor der ironischen Überhöhung und satirischen Kommentierung. Noch bis 30. August auf unserem Flur im Landtag zu sehen.
- **Wir diskutieren am 12. August:**
Wie können wir den Ausverkauf der Brandenburger Landwirtschaft stoppen.
- **Landtagswahl in Brandenburg:**
1. September 2019
- **Grün hat Gewicht:**
Die Bilanz unserer Oppositionsarbeit von 2014 bis 2019 können Sie hier lesen oder bestellen:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen



Das letzte Wort hat ...

„Wir haben mehrere Jahre hart daran gearbeitet und mit der Enquete-Kommission 6/1 fraktionsübergreifend erreicht, dass sich die Landespolitik überhaupt wieder intensiv mit den ländlichen Räumen beschäftigt.“

Axel Vogel

Fraktionsvorsitzender
axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Eine echte Allianz für den Artenschutz hat aber einen Prüfstein. Der heißt Pestizide.“

Benjamin Raschke

Umweltpolitischer Sprecher
benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Freuen wir uns darüber, dass die jungen Leute in ihrer Argumentation eine Verantwortung und Weitsicht an den Tag legen, zu der die Politik in den letzten Jahrzehnten nicht fähig war, und lassen wir die Kirche im Dorf beim Ruf nach Sanktionen.“

Marie Luise von Halem

Bildungspolitische Sprecherin
mlhalem@gruene-fraktion.brandenburg.de

„In den letzten Jahren haben zwar einige technische Neuerungen den Weg zum Nutzer gefunden wie Elektro-, Hybrid- und Gasantriebe. Gleichwohl sind wir im Verkehrsbereich noch weit davon entfernt, ökologisch vertretbar unterwegs zu sein.“

Heide Schinowsky

Energiepolitische Sprecherin
heide.schinowsky@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Um die wachsende Cyberkriminalität zu bekämpfen, benötigen wir keinen „Staatstrojaner“, sondern dringend IT-Expertinnen und Experten in der Polizei.“

Ursula Nonnemacher

Fraktionsvorsitzende
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Wir müssen dringend alternative Antriebsarten fördern, um den ökologischen Fußabdruck des Verkehrs zu verbessern. Ich bin allerdings der Meinung, dass Politik nicht eine bestimmte Technik, sondern das Ziel vorschreiben sollte. Und das muss sein: Null Emission.“

Michael Jungclaus

Verkehrspolitischer Sprecher
michael.jungclaus@gruene-fraktion.brandenburg.de

DICH STECK ICH IN DIE TASCHE!

Klein, aber oho:
Unsere Fraktionszeitung brandGRÜN ist randvoll mit Neuigkeiten über unsere Arbeit im Brandenburger Landtag. Unsere Vorsätze: Klar und schnell auf den Punkt kommen, frech und handlich sein, nah an Euch und Ihnen dran.



Wer brandGRÜN viermal im Jahr kostenlos nach Hause bekommen möchte, bestellt sie hier: www.brandgruen.de



Wer brandGRÜN online lesen will: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter



Wer uns die Meinung sagen will: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/kontakt

Diese Veröffentlichung informiert über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1700

info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Maria Altnau
Titelbild: © Kristina Heldmann/ZITRUSBLAU
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Icons: thenounproject.com